

Foto: Werner Bachmeier

Wenn die Arbeitgeber ihre Hausaufgaben machen, haben im nächsten Ausbildungsjahr 1000 Azubis zuätzlich eine Lehrstelle

Vereinbarung zwischen IG Metall und Arbeitgebern

1000 neue Lehrstellen

Der Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie (VBM) und die IG Metall Bayern haben eine Tarifvereinbarung unterzeichnet, deren Ziel es ist, bis zu 1000 neue Ausbildungsplätze zu schaffen.

Die Vorgeschichte: In der Tarifrunde 2006 hatte der VBM gefordert, dass die bayerischen Auszubildenden auf eine Erhöhung ihrer Vergütungen verzichten sollten. Im Gegenzug wollten die Arbeitgeber 1000 neue Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Dies war natürlich ein unsittliches Angebot. Denn es ist Aufgabe der Unternehmer, Ausbildungsplätze vorzuhalten und zu finanzieren – und nicht Aufgabe der Auszubildenden.

Übrig blieb eine sogenannte Gesprächsverpflichtung, das heißt, dass sich IG Metall und VBM nach Abschluss der Tarifrunde 2006 erneut mit dem Thema auseinandersetzten. Nach langwierigen Verhandlungen einigten sich die beiden Parteien auf eine Vereinbarung, die in der bayerischen IG Metall heftig diskutiert wurde. Die Kernpunkte sind: Die Arbeitgeber stellen bis zu 1000 (nachweislich) neue Ausbildungsplätze zur Verfügungen. Die dafür fälligen Ausbildungsvergütungen – und nur diese – werden von den Beschäftigten und den Unternehmern paritätisch getragen.



Foto: Werner Bachmeier

Begehrte Ausbildugsplätze: Viele Unternehmen bilden überhaupt nicht aus. Sie müssen jetzt endlich zur Kasse gebeten werden

Die Kosten, die auf die Beschäftigten zukommen, halten sich in Grenzen. Im Schnitt handelt es sich um einmalig 35 Euro. Die Vereinbarung sieht vor, dass von der Tariferhöhung 2007 in einem Monat bis zu 0,1 Prozent einbehalten werden. Im Folgemonat wird die Tariferhöhung in voller Höhe ausbezahlt.

Zur Finanzierung der zusätzlichen Ausbildungsvergütungen werden auch die außertariflichen Beschäftigten herangezogen.

Werner Neugebauer, Bezirksleiter der IG Metall: »Wir tun etwas für die Zukunft der Jugend. Aber es ist uns nicht gelungen, endlich jene Betriebe in die Pflicht zu nehmen, die überhaupt nicht ausbilden.« Für die IG Metall bleibt deshalb die Forderung nach einer gesetzlichen Umlagefinanzierung im Mittelpunkt. Diese Umlagefinanzierung sieht vor, dass sich die Betriebe, die nicht ausbilden, an den Kosten der betrieblichen und überbetrieblichen Ausbildung beteiligen (»Wer nicht ausbildet, soll zahlen«).

Die Tarifvereinbarung bezieht sich auf das Ausbildungsjahr 2007/2008 – und nur auf dieses. Die Festlegung der zusätzlichen Ausbildungsplätze erfolgt durch eine freiwillige Betriebsvereinbarung. Dabei müssen die Unternehmer gegenüber dem Betriebsrat beweisen, dass es sich tatsächlich um zusätzliche Lehrstellen handelt.

»In Bayern warten derzeit 21 500 Jugendliche auf einen Ausbildungssplatz. Wir brauchen die Umlagefinanzierung und ein staatliches Sofortprogramm.«

Werner Neugebauer, Bezirksleiter

Für die Auszubildenden, die aufgrund der Vereinbarung eingestellt werden, gilt die Übernahmeverpflichtung nach dem Beschäftigungssicherungs-Tarifvertrag. Werner Neugebauer: »Wir hoffen, dass die Politik diese Steilvorlage aufnimmt und nun endlich Initiativen für zusätzliche Ausbildungsplätze ergreift.« ◄

Rente mit 67

70 000 bei Aktionen in ganz Bayern



Die IG Metall macht mobil gegen die Rente mit 67. 70 000 Kolleginnen und Kollegen aus ganz Bayern legten während einer Aktionswoche Ende Januar 2007 die Arbeit nieder.

Weitere 20000 Beschäftigte zeigten ihren Protest gegen die Regierungspläne durch ihre Beteiligung an Infoständen, bei Unterschriftensammlungen oder bei Abstimmungen in den Betrieben. Bundesweit hatten sich über 300 000 Kolleginnen und Kollegen an den betrieblichen Aktionen beteiligt.

Die Proteste gegen das Gesetz gehen weiter. In zahlreichen Verwaltungsstellen wird es bis zur zweiten und dritten Lesung des Gesetzes im Bundestag (9.März 2007) weitere Aktionen geben.

Aber auch über diesen Termin hinaus wird die IG Metall in Bayern gegen die Verlängerung der Lebensarbeitszeit und die damit verbundenen Rentenkürzungen protestieren und sich aktiv für flexible Modelle zum Ausstieg aus dem Erwerbsleben einsetzen. ◄



Fotos (3): Werner Bachmeier

BMW München: 6ooo protestierten während der Arbeitszeit



Amberg: Junge und ältere Beschäftigte bei der Demo am Schrannenplatz



Umfrage in den Betrieben: Weit über 90 Prozent gegen die Regierungspläne

Eldra, Rottenburg

»Wir wollen nicht, dass unsere Arbeitsplätze geklaut werden«, sagten die Beschäftigten der Firma Eldra KT im niederbayerischen Rottenburg und schoben bei bitterer Kälte Nachtwache. Der Hintergrund: Nachdem die Schließung von Eldra (einem Unternehmen der Dräxlmaier Gruppe, 40 000 Beschäftigte weltweit) verkündet worden war, befürchten die Kolleginnen und Kollegen, dass über Nacht die Maschinen abtransportiert werden könnten. Zwar wurde bereits im vergangenen Jahr ein Sozialplan verabschiedet, der die Bedingungen für die Versetzung ins benachbarte Schwesterwerk der Eldra in Landau regelt. Freilich wurde von der Geschäftsleitung bisher lediglich 12 von 77 Beschäftigten ein Arbeitsplatz angeboten. Die Eldra-Beschäftigten erbittert, dass der Konzern bis heute keine Arbeitsplätze beim Dräxlmaier-Betrieb in Rottenburg nachgewiesen hat. Die Betriebsratsvorsitzende Ida Lorenzer: »Wir fühlen uns betrogen und belogen. Es ist eine Sauerei, dass man uns vor die Tür setzen will.« ◄

Tarifkommission beschließt Forderung von 6,5 Prozent

Jetzt gehts los: Her mit mehr Geld



Foto: Werner Bachmeier

Trommeln für die 6,5 – schon vor fünf Jahren: In der Tarifrunde 2002 waren 280 000 Kolleginnen und Kollegen in Bayern im Ausstand. Erreicht wurde die Vier vor dem Komma und der Einstieg in Era

Die Weichen für die Tarifrunde 2007 sind gestellt. Am 15. Februar 2007 verabschiedete die Tarifkommission für die Metall- und Elektroindustrie die Forderung: 6,5 Prozent mehr! Die Ausbildungsvergütungen sollen um 60 Euro für alle Ausbildungsjahrgänge erhöht werden. Die Tarifkommission setzte damit ein eindeutiges Zeichen: In der kommenden Tarifrunde geht es um deutlich mehr Entgelt, Lohn und Gehalt für die Beschäftigten.

Außerdem forderte die Tarifkommission den Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie (VBM) auf, sich den Protesten gegen die Rente mit 67 anzuschließen: »Der VBM sollte gemeinsam mit den Gewerkschaften auf die Politiker in Bundes- und Landsregierung einwirken mit dem Ziel, durch verlässliche gesetzliche Rahmenbedingungen die Möglichkeit eines flexiblen Ausstiegs aus dem Erwerbsleben auch weiterhin zu sichern.«

Die erste Verhandlungsrunde ist am 15. März in Nürnberg. Zu einer zweiten Gesprächsrunde treffen sich IG Metall und VBM am 3. April 2007 in München. Die vierwöchige Friedenspflicht nach der Kündigung der Tarifverträge endet am 28. April 2007 um 24 Uhr.

Sollte es bis dahin nicht zu einer Einigung gekommen sein, wird die IG Metall aller Voraussicht nach zu Warnstreiks aufrufen. ◄

Kurz gemeldet

Neuer Web-Auftritt

Aktueller, mehr Infos und schneller

Rechtzeitig zur Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie präsentiert die IG Metall Bayern ihren neuen Webauftritt. Seit 1. März 2007 ist unter www.igmetall-bayern.de die neue Bayernseite freigeschaltet. Neu ist: Eine übersichtliche Gestaltung, die eine komfortable Navigation ermöglicht. Geblieben ist: Vielfältiges Material für die bayerischen Metallerinnen und Metaller.



Matthias Jena, Pressesprecher bei der Bezirksleitung und zuständig für die Website:
»In der Tarifrunde können sich die Kolleginnen und Kollegen nicht nur aktuell über den Stand der Dinge informieren. Wir bieten auch weitergehende, vertiefende Materialien zum Herunterladen an.« Detaillierte Analysen der wirtschaftlichen Lage in der Metall- und Elektroindustrie zum Beispiel.
Auf der bayerischen Seite werden in Zukunft aber auch Branchenanalysen aus dem Bereich Holz und Kunststoff oder Berichte aus der Textilindustrie zu finden sein. Selbstverständlich sind auch alle Pressemitteilungen und alle Flugblätter des Bezirks und viele andere Publikationen frei zugänglich.
Bis igmetall-bayern.de mit umfangreichem Lese- und Downloadstoff für alle Bereiche der IG Metall gefüttert sein wird, dauert es noch ein wenig. Neuigkeiten aus dem Bezirk Bayern sind aber jetzt schon abzuholen. (Fast) täglich frisch. ◄

Impressum
IG Metall Bezirk Bayern
Elisenstraße 3a
80335 München
Telefon: 0 89 – 53 29 49-0
Fax 0 89 – 53 29 49 28
E-Mail:
Bezirk.Bayern@igmetall.de

Verantwortlich:
Werner Neugebauer
Redaktion: Hans-Otto Wiebus



Die roten Fahnen der IG Metall wehten: gegen die Rente mit 67

Aschaffenburg/Lohr

1600 gegen Rente mit 67 und Gesundheitsmurks

Am 31. Januar gab es in Aschaffenburg und Lohr Kundgebungen gegen die Rente mit 67 und die neue soziale Kälte mit je rund 800 Teilnehmern.

Axel Gerntke vom IG Metall Vorstand forderte als Alternative die Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die Rentenversicherung, um deren Finanzkraft zu stärken, eine Erwerbstätigenversicherung, in die Selbständige, Freiberufliche, Beamte und auch Politiker einbezogen werden sollten. Privatversicherungen wollen sich den großen Markt der Alterssicherung unter den Nagel reißen und die Arbeitgeber wollen weniger für die Alterssicherung zahlen. Die Begründung der Politiker für eine Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre lautet dagegen, es gebe immer weniger Beitragszahler. Für die Alterssicherung ist aber nicht die Summe der Beitragszahler entscheidend, sondern wie viel Reichtum eine Gesellschaft produziert und wie dieser Reichtum verteilt wird.

Viele Menschen hielten heute schon nicht bis 65 durch. Das werde wegen der stressigen Arbeitsbedingungen in Zukunft nicht besser. Rente mit 67 bedeute mehr Arbeitslosigkeit, mehr Altersarmut und eine Spaltung der Gesellschaft. Zu dieser Politik gibt es Alternativen. Neben der allgemeinen Erwerbstätigenversicherung brauchen die Beschäftigten kräftige Lohnsteigerungen, dann stimmen auch die Einnahmen in der Rentenkasse. Jedes Prozent Lohnerhöhung bedeutet zwei Milliarden Euro mehr pro Jahr für die Rentenversicherung. ◄



Mit Trommeln und Trillerpfeifen: Wir wehren uns



Protest und Diskussionen in Lohr und Aschaffenburg

Delegiertenversammlung fordert

7,5 Prozent mehr in der Tarifrunde 2007

7,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt und für die Auszubildenden eine Erhöhung der Ausbildungsvergütung von 65 Euro für alle vier Ausbildungsjahre sowie volle Kostenübernahme von Bildungsmitteln forderten die 110 Delegierten aus 83 Betrieben für die anstehende Tarifrunde.

Die Bandbreite der Forderungen aus den Betrieben lag zwischen 6 und 9,5 Prozent. Die Forderung wurde für insgesamt 30 000 Beschäftigte in 26 tarifgebundenen Betrieben der Metall- und Elektroindustrie am Bayerischen Untermain erstellt und geht nunmehr in die Beratung der Tarifkommission Bayern ein. Die Mehrzahl der Delegierten sprach sich dafür aus, in künftigen Tarifauseinandersetzungen ein tarifliches Modell für den Ausstieg älterer Arbeitnehmer zu entwickeln und durchzusetzen, wenn es nicht gelingt, den Gesetzentwurf zur Rente mit 67 zu ändern. ◄

Impressum
IG Metall Aschaffenburg
Haselmühlweg 1
63741 Aschaffenburg
Telefon 0 60 21–86 42-0,
Fax 0 60 21–86 42-12
E-Mail: aschaffenburg@igmetall.de
www.igmetall-aschaffenburg.de

Redaktion: Herbert Reitz (verantwortlich), Maria Rohrmeier

Zahlreiche Protestaktionen in Erlangen

Gegen Rente mit 67 – für flexiblen Ausstieg



Aktionen und Informationen vor dem Betriebstor der Firmen Siemens F 80 und Sykatec



Die Kolleginnen und Kollegen bei Schwan Stabilo waren ebenfalls aktiv



Am 3. Februar wurde auf dem Hugenottenplatz informiert. Dort wurden auch Unterschriften auf einem Transparent gesammelt, welches gemeinsam mit allen bayrischen Verwaltungsstellen das »größte politische Transparent« werden soll



Diskussionen mit Passanten auf dem »Hugo« am 3. Februar

Termine

▶Internationaler Frauentag in Erlangen
Unter dem Motto »Weitergehen! Zwei Schritte vor. Keinen zurück« stehen am 8. März wieder zahlreiche Aktionen sowohl in den Erlanger Betrieben als auch auf dem Hugenottenplatz, von 14 bis 17 Uhr.

▶Tarifrunde 2007
Am 15. März ist die erste Tarifverhandlung der IG Metall und des VBM in Nürnberg. Die IG Metall-Jugend wird die Arbeitgeber mit pfiffigen Aktionen vor dem Verhandlungslokal »begrüßen«.

Insolvenzen in der Endphase?

FEAG und ALU vor entscheidenden Wochen

Bei der FEAG schleppt sich die Insolvenz schon seit August letzten Jahres hin. Bei der Alu Kunststoffverarbeitung in Hemhofen wurde die Insolvenz am 1. Februar 2007 eröffnet.

Nach heftigen Diskussionen wurde für die FEAG mit der »Schüring und Andreas GmbH« ein Interessent gefunden, der eine dauerhafte Führung der FEAG ohne weitere Kündigungen plant. Finanzierungsgesellschaften, die einen Weiterkauf nach zwei bis drei Jahren angekündigt hatten, konnten abgewehrt werden. Allerdings sind die Forderungen von S+A gegen die Mitarbeiter gravierend. Von der 42-Stunden-Woche bis zur Streichung des 13 Monatseinkommens will man noch weit hinter den Handwerkstarif zurückgehen, obwohl der Handwerkstarif bereits bei der Ausgliederung aus der Siemens AG ein schlechter Kompromiss war.

Die Alu Kunststoffverarbeitung in Hemhofen ist von den bisherigen Geschäftsführungen heruntergewirtschaftet worden. Mehrere Erwerber planen eine weitere Reduzierung der Belegschaft und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten.

Auch bei der Alu konnte eine Übernahme durch einen Finanzinvestor zurückgedrängt werden, dessen erklärtes Ziel der Weiterverkauf der FEAG in zwei bis drei Jahren war. Stattdessen gibt es zwei mittelständische Interessenten, einer aus der mittelfränkischen Region, die aus Sicht der Belegschaft deutlich besser für eine Zukunft der FEAG stehen.

In beiden Insolvenzfällen wird mit einer Entscheidung innerhalb der nächsten Wochen gerechnet. ◀

Impressum
IG Metall Erlangen, Friedrichstraße 7, 91054 Erlangen,
Telefon 0 91 31–88 380,
Fax 0 91 31–88 3822,

Redaktion: Wolfgang Niclas (verantwortlich), Silvia Heid

Unmut über die Rentenaltererhöhung der Bundesregierung

Stirbst du schon oder arbeitest du noch?

Ingolstätter Metaller bekunden ihren Unmut über das Heraufsetzen der Regelaltersgrenze auf 67. An den Aktionen vor und in den Betrieben beteiligten sich insgesamt 24 Betriebe mit über 39 200 Beschäftigten.



Mehr als 30 000 Audi-Beschäftigte protestieren während der Arbeitszeit gegen die Heraufsetzung des Rentenalters

Das geht besser ...

»Alternativen der IG Metall sind eine verlängerte Altersteilzeit oder ein gleichwertiger Ersatz. Die Möglichkeit, nach 40 Versicherungsjahren, vor 65 abschlagsfrei ausscheiden zu können und ein erleichterter Zugang zur abschlagsfreien Erwerbsminderungsrente muss möglich sein«, erklärt Johann Horn, Erster Bevollmächtigter.

Es fehlen Arbeitsplätze

»Wir haben zu wenig Beitragszahler in die Rente. Viel wichtiger wäre es, die Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen und fehlende Ausbildungsplätze für Jugendliche anzubieten,« betonte Jörg Schlagbauer, Vertrauenskörperleiter bei Audi.

Nur 40 Prozent der heute über55-Jährigen sind noch erwerbstätig. 2005 waren rund ein Viertel aller Erwerbslosen 50 Jahre und älter. Sie sind hochgradig von Langzeitarbeitslosigkeit bedroht. »In Wahrheit geht es den Damen und Herren der Politik um Rentenkürzungen bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und um Entlastung der Arbeitgeber«, entrüstet sich der Vertrauenskörperleiter Jörg Schlagbauer.

Raubbau der Gesundheit

»Wer ernsthaft glaubt, die Mehrzahl der Menschen könne bis 67 arbeiten, hat von der Realität in den Betrieben keine Ahnung. Es mag ja sein, dass manche Politiker erst mit 67 zur Höchstform auflaufen, dazu gibt es in Bayern ja jüngst Beispiele.

Fakt ist jedoch, dass die meisten Menschen unter einem derart hohen physischen und psychischen Stress arbeiten, der einen Verbleib bis 67 unmöglich macht. Da ist dann ein verdammt hoher gesundheitlicher Preis zu zahlen«, verdeutlicht Johann Lindermeyr, Vertrauenskörperleiter der Firma EADS in Manching.◄



Deine Meinung ist gefragt: Fragebogenaktion bei Grünwald Neuburg



Heiße Diskussion bei kalter Witterung – Aktion bei Faurecia Neuburg



Mit Kaffee und Kuchen gegen Rente mit 67 – Toraktion bei EADS Manching

Kurz notiert

►Lohnsteuerberatung für Gewerkschaftsmitglieder
Um unseren Mitgliedern bei der Steuererklärung zu helfen, bieten wir im Gewerkschaftshaus professionelle Lohnsteuerberatung an. Für einen pauschalen Jahresbetrag der zwischen 59 bis 159 Euro liegt wird die komplette Steuererklärung erstellt und beim Finanzamt eingereicht. Die Beratungsstelle befindet sich im **Gewerkschaftshaus Paradeplatz 9,85049 Ingolstadt**
Bitte telefonische Voranmeldung unter 08 41 – 9 31 13 58
Bürozeiten:
Montag bis Freitag von
8–12 Uhr und 14–17 Uhr



Protestaktion bei Sumitomo Bordnetzein Hepberg

Streikunterstützung erhält wer drei Monate Mitglied ist

Leistung sichern – jetzt

Spätestens zum 31. März 2007 müssen Mitglieder in die IG Metall eingetreten sein, um bei Streik oder Aussperrung in der kommenden Tarifrunde Unterstüzungsleistungen zu erhalten.
Nach Satzung der IG Metall können Mitglieder eine Unterstützung bei Streik oder Aussperrung nur erhalten, wenn sie bei Beginn der dem Streik vorausgehenden Urabstimmung mindestens drei Monate der IG Metall angehörten und während dieser Zeit satzungsgemäße Beiträge geleistet haben (Paragraf 23 Ziff. 1 Satzung der IG Metall). Die Höhe der Unterstützung wird nach dem Durchschnitt der letzten drei Beträge vor dem Kalendermonat der Urabstimmung errechnet (Paragraf 23 Ziff. 3 Satzung der IG Metall).◄

Impressum
IG Metall Ingolstadt
Paradeplatz 9
85049 Ingolstadt
Telefon: 0841 – 9 34 09-0
Fax: 0841 – 9 34 09 99
Redaktion: Ursula Neumann
Verantwortlich: Johann Horn

Eldra KT Rottenburg soll geschlossen werden - Belegschaft und IG Metall starten Aktionen

Soziales Handeln – Fremdwort bei Dräxlmaier

Große Wut und Enttäuschung lösten die Schließungspläne des Dräxlmaier Werks Eldra KT in Rottenburg bei der Belegschaft aus. Schon im vergangenen Jahr hatte sich abgezeichnet, dass entgegen der Zusicherung für Folgeaufträge am Standort Rottenburg die Schließungsabsicht Gewissheit werden könnte. Dennoch hatten die Mitarbeiter immer noch Hoffnung, dass man das von der Fimenleitung gegebene Versprechen für neue Aufträge umsetzen würde und damit Arbeitsplätze sichert. Zwar wurde schon im letzten Jahr ein Interessenausgleich und Sozialplan geschlossen, der auch Mindestkonditionen für Versetzungen in ein rund 60 Kilometer entferntes Schwesterwerk regelt. Dennoch stellte sich jetzt heraus, dass für nur etwa 15 Prozent der 77 noch Beschäftigten adäquate Arbeitsplätze angeboten werden. »Wir fühlen uns belogen und betrogen,« erklärt Angelika Egner, Mitglied des Betriebsrats. Die Belegschaft, die in einer Betriebsversammlung nach der Information an den Betriebsrat und den Wirtschaftsausschuss informiert wurde, zeigte sich erbost über diese schlechten Nachrichten und machte sich mit einer spontanen Arbeitsniederlegung und einem Demonstrationszug um das Werksgelände Luft. »Das ist eine riesige Sauerei, wenn man uns langjährig Beschäftigte jetzt vor die Tür setzen will,« betont Ida Lorenzer, Betriebsratsvorsitzende der Eldra KT Rottenburg. Die Forderungen der Belegschaft und des Betriebsrats wurden durch eine Unterschriftenaktion unterstrichen, die an den Besitzer Fritz Dräxlmaier übergeben wurde. Die Belegschaft und der Betriebsrat fordern Herrn Dräxlmaier dazu auf, an den Standort Rottenburg zu kommen, um der Belegschaft Rede und Antwort zu stehen. »Es ist eine Unverschämtheit, wie man mit den langjährig Beschäftigen umgeht«, sagt Theo Meisinger von der IG Metall Landshut.« Die Belegschaft hat über Jahrzehnte treu und brav ihren Dienst verrichtet. Jetzt soll sie abgewickelt werden. Eine Mahnwache soll den Abtransport der Maschinen in einer Nacht- und Nebelaktion durch die Firmenleitung verhindern. Die Belegschaft wird auch weitere Aktionen starten, um die soziale Verantwortung der Firma Dräxlmaier einzufordern.«◄



Mit einer spontanen Arbeitsniederlegung und Demozug machte die Belegschaft ihrem Unmut über die geplante Schließung Luft



Otto Ulrich
Wir gratulieren zum 80. Geburtstag



Die IG Metall gratulierte ihrem langjährigen Mitglied Otto Ulrich zum 80. Geburtstag.
Der Jubilar war bis 1987 DGB-Kreisvorsitzender in Landshut. Er begann 1954 als Rechtsschutzsekretär in der Niederbayerischen Hauptstadt und hatte gleich alle Hände voll zu tun. Sehr erfolgreich vertrat er die Metaller wegen Maßregelungen während des Bayernstreiks 1954 vor dem Arbeitsgericht. Die IG Metall Landshut wünscht ihm auf diesem Wege alles Gute und Gesundheit.◄

Lohnsteuer

Angebot der Verwaltungsstelle

Lohnsteuerhilfe für IG Metall-Mitglieder

Um unseren Mitgliedern bei der Steuererklärung zu helfen, bieten wir seit einigen Jahren professionelle Lohnsteuerberatung an.
Es wird dabei gegen einen pauschalen Jahresbetrag, der zwischen 59 Euro bis 159 Euro liegt, die komplette Steuererklärung erstellt und beim Finanzamt eingereicht.
Termine können unter der Telefon-Nummer 08 71–143 05 00 vereinbart werden.
Wir freuen uns auf deinen Anruf und Besuch.◄

Impressum
IG Metall Landshut
Am Banngraben 16
84030 Landshut
Telefon 08 71–1 43 40-0
Redaktion: Robert Grashei (verantwortlich), Rudi Gallenberger

Münchner Delegiertenversammlung tagte am 8. Februar 2007

Tarifrunde: München fordert 6,7 Prozent

Münchner MetallerInnen setzten in der Delegiertenversammlung am 8. Februar ein Zeichen. Ihre Tarifforderung für 2007 lautet: 6,7 Prozent mehr Geld für alle und 60 Euro für alle Azubis.

Basis für diese Forderung waren die Beschlüsse der IG Metall-Gremien aus fast 30 Münchner Betrieben. Neben der Erhöhung der Bezüge forderten die Delegierten die Verlängerung des Tarifvertrags Beschäftigungssicherung mit Azubi-Übernahme, sowie Einstieg in Verhandlungen über eine tarifliche Fortschreibung der Altersteilzeit. Alle im Zusammenhang mit der Berufsausbildung stehenden Kosten sollen die Betriebe übernehmen, lautete ein weiterer Beschluss.

Zeiten drängen, Fristen sind einzuhalten. Deshalb wurden bereits die acht Münchner Delegierten für den 21. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall gewählt. Es sind dies (alphabetisch): Hermann Betz (BMW), Christine Engleitner (BMW), Johann Höcherl (STS), Marlies Keller (Osram), Athanassios Krikis (MAN NF), Horst Lischka (IG Metall München), Thomas Stefan (MTU), Josef Steiner (Auto Henne). Acht persönliche Ersatzdelegierte wurden in ebenfalls geheimer Abstimmung gewählt.

Professor Dr. Lorenz Jarras als Hauptreferent

Der ausgewiesene Steuerexperte nahm sich das Thema »Steuerreform 2008 – Profit und Defizit« vor die Brust. Die seit 1. Januar geltende höhere Mehrwertsteuer von 19 Prozent stellt eine zusätzliche Belastung aller in Höhe von 20 Milliarden Euro dar. Aber die Unternehmen – hier vornehmlich wieder die großen, werden zusätzlich von etwa zehn Milliarden Steuern entlastet. Damit setzen sich die Steuergeschenke, die bei Rot-Grün begannen, nahtlos fort. Deutschland sei ein Hochsteuerland und müsse wettbewerbsfähig gehalten werden.



Prof. Dr. Lorenz Jarras, M.S. (Stanford, Univ.) auf der Münchner Delegiertenversammlung

Der theoretische Steuersatz liegt bei 39 Prozent. Gezahlt haben die Unternehmen aber nur 16 Prozent. Damit liegen wir im unteren Drittel der EU. Mit der jetzigen Steuerpolitik wird das internationale Steuerdumping angeheizt. Nicht Deutschland ist das Opfer. Diese Regierung macht unser Land zum Täter.

All dies und noch mehr zum Schwarz-Roten Steuerschwindel nachzulesen in Jarras Buch: »Unternehmenssteuerreform 2008«. Zu finden und zu bestellen über seine lesenswerte Homepage unter: www.jarras.com◄

Proteste gegen den Sozialabbau fortgesetzt

Rente mit 67? Nein danke – Nicht mit uns

In der letzten Januarwoche haben sich in München mehr als zehntausend IG Metall-Mitglieder an betrieblichen Aktionen gegen die Rente mit 67 und die unsoziale Politik der Bundesregierung beteiligt.

Bei BMW und MAN legten die Beschäftigten die Arbeit nieder, um sich in betrieblichen Informationsveranstaltungen über die Themen zu informieren. Bei BMW zogen die Beschäftigten zu einer Kundgebung vor das Betriebsratsbüro und wurden vom Betriebsrat und der VK-Leitung über die Sachlage unterrichtet. In mehr als 20 weiteren Münchner



Betrieben gab es Flugblattaktionen und Infostände, sowie Arbeitsplatzbesuche.

In der Infineonzentrale in Neubiberg (Campeon) sprach sich die Mehrheit der befragten Beschäftigten gegen den verschobenen Renteneintritt und für ein Altersteilzeit-Folgemodell aus. In der Mittagszeit konnten an einer Wandtafel per Blitzumfrage die Pläne der Regierung »bepunktet« werden. 320 Beschäftigte machten davon Gebrauch. 21 Prozent fanden es gut, bis 67 zu arbeiten, 58 Prozent möchten so früh wie möglich in Rente gehen. Nur acht Prozent gehen davon aus, dass ihr Arbeitgeber sie bis 67 beschäftigen wird und 53 Prozent rechnen damit, dass sie sich als Rentner finanziell einschränken müssen. 31 Prozent wollen ausdrücklich deshalb früher in Rente gehen, damit junge Menschen statt ihrer Beschäftigung finden. Alles in allem: eine deutliche Mehrheit von 89 Prozent ist dafür, ein attraktives Modell als Nachfolge für die Altersteilzeit anzubieten.

Dortiger Altersdurchschnitt der Beschäftigten: 37 Jahre.◄



Vorteile für IG Metaller

CeBit und Messe Hannover ohne Eintrittsgeld

Die kostenlosen Eintrittskarten für beide Messen können von Mitgliedern direkt in den Büros der IG Metall München bezogen werden.

Elterngeld

Veranstaltungshinweis

Die Münchner IG Metall bietet einen interessanten Abend zum Thema Elterngeld an:

► **Termin:** 19. März um 16.30 Uhr im Großen Saal des Gewerkschaftshauses München, Schwanthalerstraße 64

► **Zu klären:** Wer bekommt Elterngeld? Wie hoch ist das Elterngeld und wie wird es berechnet? Wie lange kann Elterngeld beantragt werden? Was ist der Geschwisterbonus?

► **Referentin:** Julia Cuntz, Juristin, IG Metall-Vorstand, Fachbereich Gleichstellungspolitik

Impressum
IG Metall München
Schwanthalerstraße 64
80336 München
Telefon: 0 89–5 14 11-0
E-Mail: muenchen@igmetall.de

Redaktion:
Harald Flassbeck (verantwortlich), Mathias Sommerfeld

Vertrauenskörperleitung-Seminar 2007 in Lohr am Main

Wieviel Tarifvertrag braucht der Mensch?

In der Woche vom 22. bis 26. Januar gab es nach einem Jahr Pause wieder das Seminar für Vertrauenskörperleiter und Betriebsratsvorsitzende. Im Mittelpunkt standen Fragen der aktuellen und künftigen Tarifpolitik, oder kurz die Frage: Wieviel Tarifvertrag braucht der Mensch zum Leben?

Mehr als Zwei Drittel der in der Verwaltungsstelle betreuten Betriebe sind über die Mitgliedschaft im VBM oder über Anschluss- und Haustarifverträge direkt tarifgebunden. Die Bestandsaufnahme beinhaltete jedoch auch eine Einschätzung, wie die Tarifverträge in den Betrieben tatsächlich umgesetzt werden. Auch hier ergab sich ein ordentliches Bild. Sicher ein Zeichen der guten Arbeit unserer Vertrauensleute und Betriebsräte in den Betrieben.

Im zweiten Schritt war zu prüfen, welchen »Belastungen« Tarifverträge derzeit ausgesetzt sind. Dabei ist zweifelsfrei zu beachten, dass Tarifpolitik näher an die Betriebe heranrückt. Das trifft vor allem dort zu, wo zunehmend Öffnungsklauseln in die Tarifverträge Eingang finden, aber auch dort, wo Arbeitgeber unter Berufung auf das »Pforzheimer Abkommen« betriebliche Lösungen für die Sicherung von Innovation und Arbeitsplätzen suchen wollen.

Genau an dieser Stelle wurde aber auch klar, dass es sehr vom betrieblichen Organisationsgrad und der Bereitschaft der IG Metall-Mitglieder im Betrieb abhängt, welche Lösungen sich am Ende durchsetzen. Die Frage, wieviel Tarifvertrag ein Mensch braucht, wird hier schnell zur Frage, in welchem Maße will ich mich für die tarifliche Gestaltung meines Arbeitsverhältnisses engagieren?

Den Höhepunkt des Seminars bildete der Beitrag von Werner Neugebauer, dem Bezirksleiter der IG Metall Bayern, zum Thema. Wir müssen den Blick über die nationalen Grenzen richten, meint Neugebauer, wir stellen dort fest, dass gerade die Tarifpolitik der IG Metall international als Richtschnur genommen wird. Das gilt auch, obwohl die Orientierungsfunktion der Metalltarifverträge in Deutschland nicht mehr voll akzeptiert wird. Alleine bezüglich der Arbeitszeit weist jedoch Neugebauer auf die Gespräche mit unseren Kollegen aus Osteuropa, vorzugsweise Tschechien, hin. Diese sagen uns, wenn die Deutschen nicht in der Lage sind, die 35-Stunden-Woche zu halten, dann wird sich das auf die Arbeitszeiten in ganz Europa auswirken. Arbeitszeiten von mehr als 40 Stunden wöchentlich bis zu 45 und 50 Stunden werden dann die Regel sein.



Foto: Schreyer

Werner Neugebauer im Gespräch mit den betrieblichen Vertretern

Zum Thema 35-Stunden-Woche hat Neugebauer auch eine klare Position auf die folgende Formel gebracht: Wenn ein Arbeitgeber ein betriebliches oder wirtschaftliches Problem hat und eine längere Arbeitszeit braucht, dann setze ich mich ihm an einen Tisch und werde eine Lösung finden. Wenn ein Arbeitgeber es aber immer noch für eine persönliche Niederlage hält, dass die 35-Stunden-Woche vereinbart wurde, für den bin ich der falsche Partner. Der soll zum Psychiater gehen, jemand anders kann ihm mit seinem Problem nämlich nicht helfen.

Am Ende hat sich die Fragestellung gewendet: Der Mensch braucht viel Tarifvertrag, aber es kommt schon darauf an, was er bereit ist zu tun für das, was er braucht. Deshalb folgte der Situationsanalyse im Großen die Analsyse im Kleinen. Je flexibler Tarifverträge gestaltet werden, desto wichtiger werden sie wohl auch in den Betrieben – als der Weg, auf dem wir zu besseren Arbeitsbedingungen kommen. Je mehr Tarifvertrag, desto sicherer ist der Weg. ◄



Evi Beer – ein Leben für und in der IG Metall

IG Metall ehrt langjährig Beschäftigte

Jubiläum und Ruhestand

1966 bis 2006 – 40 Jahre dabei und jetzt in die Freistellungsphase der Altersteilzeit. Evi Beer feierte ein Arbeitsjubiläum der besonderen Art.

»40 Jahre am Puls der Mitglieder und der Verwaltungsstelle«, sagte Gerd Lobodda, Erster Bevollmächtigter in Nürnberg. Das Ringen um jedes Mitglied bestimmte den Tagesablauf. Viele hat sie vor dem Austritt bewahrt und manchen mit gutem Rat begleitet.

Für 25 Jahre Dienst in der IG Metall wurde Gisa Lohmüller geehrt, die aus der Presseabteilung in Frankfurt ihren Weg nach Nürnberg gefunden hat. Alles Gute. ◄

Impressum
IG Metall Nürnberg
Kornmarkt 5–7
90402 Nürnberg
Telefon 09 11–23 33-0

Redaktion: Gerd Lobodda (verantwortlich), Harry Schreyer

250 Arbeitsplätze stehen im Feuer

Toshiba verabschiedet sich aus Regensburg

Am 17. Januar um 9.30 Uhr wurde der Betriebsrat erstmalig über die in Tokio getroffenen Entscheidungen informiert, dass das Regensburger Werk Ende 2007 geschlossen werden soll. Der Betriebsrat wird vor vollendete Tatsachen gestellt. Folgendes wurde entschieden:

- Beendigung der direkten operativen Tätigkeiten (Fertigung, Lagerhaltung, Reparatur, Ersatzteillager und Lagerversand).
- Proportional zu diesen Maßnahmen sollen auch im Angestelltenbereich Mitarbeiter abgebaut werden.
- Verkauf der Grundstücke und Gebäude des Werkes Regensburg.



Toshiba Europe Werk Regensburg: Protest gegen die Schließungspläne

Auf Grund dieser Entscheidungen sollen bis zum Ende dieses Jahres 240 bis 280 von 432 Mitarbeitern ihren Arbeitsplatz verlieren.

Bereits am Freitag, dem 19. Januar, haben zirka 300 Arbeitnehmer ihre Arbeit spontan niedergelegt. Der Erste Bevollmächtigte der IG Metall Regensburg, Günter Heinz, bezeichnete das »Aus« in der Notebook-Produktion bei der Versammlung an der Hauptpforte eine »Riesen Schweinerei«. Kollege Heinz lobte die Bereitschaft der Arbeitnehmer, sich bei der Kälte rauszustellen und den Unmut über den Stellenabbau zu bekunden. Heinz kritisiert die Maßnahme: Es sei unverständlich, warum das produktiv arbeitende Regensburger Werk zirka 250 Jobs verliere. Nun gehe es darum, einen Sozialtarifvertrag mit der Werksleitung auszuhandeln, um möglichst eine hohe Abfindung für die Beschäftigten rauszuholen. Wenn die Beschäftigten alle hinter der IG Metall stehen, wird uns dies auch gelingen. ◄

Gegen den Sozialabbau und die Rente mit 67

Aktionen und Kundgebungen in den Betrieben der Verwaltungsstelle



Kundgebung bei BMW in Regensburg



Kundgebung bei Benteler in Schwandorf



Kundgebung bei Läpple in Teublitz



Kundgebung bei Siemens in Cham

An den betrieblichen Protestaktionen gegen den Sozialabbau und Rente mit 67 haben sich im Januar und Februar in der Verwaltungsstelle Regensburg zahlreiche Kolleginnen und Kollegen beteiligt.

Aus den Betrieben BMW, Behr, AREVA, Benteler, Siemens, Cham und Läpple nahmen 3620 Kolleginnen und Kollegen an den Kundgebungen teil. Außerdem wurden in vielen Betrieben Flugblätter und Fragebögen verteilt. ◄

Impressum
IG Metall Regensburg, Richard-Wagner-Straße 2, 93055 Regensburg, Telefon 09 41–6 03 96-0, Fax 09 41–6 03 96-19

Redaktion: Günter Heinz (verantwortlich), Werner Hasenbank

Veranstaltungen gegen die Rente mit 67

»Mehr als 6000 demonstrieren«

An den Protesten gegen »Rente mit 67«, »höhere Kosten für die Gesundheit«,»Mindestlohn« und »Verteilungsgerechtigkeit« haben im Verwaltungsstellenbereich insgesamt mehr als 6000 Kolleginnen und Kollegen teilgenommen.



Während der gesamten Woche gab es zusammen mit den anderen Einzelgewerkschaften und dem DGB Infostände, Aktionen im Stadtgebiet und Proteste während der Arbeitszeit. Höhepunkt war sicherlich die Kundgebung an der Hahnenhügelbrücke am Mittwoch, 31. Januar, mit rund 5000 Teilnehmern. Zu weiteren Aktionen während er Arbeitszeit kam es in Bad Neustadt und in Eltmann.



Klaus Ernst, der Hauptredner auf der Kundgebung an der Hahnenhügelbrücke, prangert die Rente mit 67 als gigantisches Rentenkürzungsprogramm an. Die Durchschnittsrente im Jahr 2030 werde nach den Plänen der Bundesregierung bei 700 Euro liegen für diejenigen, die mit 65 in die Rente gehen und bei 750 Euro, die bis 67 arbeiten. Ein Arbeitnehmer muss dann 30 Jahre schuften, bis er eine Rente auf Sozialhilfeniveau erhält.

Die Beteiligung an allen Aktionen war bemerkenswert gut und zeigt deutlich, wie aufgebracht die Menschen bei diesen Fragen zwischenzeitlich sind. Alle Redner waren deshalb auch einhellig der Meinung, die Aktionen so lange fort zu setzen, bis sich eine Veränderung der Politik abzeichnet. Dazu ist unter Umständen ein langer Atem notwendig. Für Klaus Ernst ist klar, dass ohne unseren Widerstand »noch viel mehr und Schlimmeres passieren wird«. An den Veranstaltungen bei Preh in Bad Neustadt nahmen 250 Kolleginnen und Kollegen teil. Bei Schaeffler in Eltmann waren es etwa genau so viele, und die Kundgebung bei Siemens besuchten weitere 450 Kolleginnen und Kollegen.

An den Nachmittagen kam es zu öffentlichkeitswirksamen Aktionen in der Innenstadt. ◄

Mitglied des Monats

Ich beschäftige mich schon seit langen mit dem Gedanken, in die IG Metall einzutreten. Die Verhandlungen des vergangenen Jahres mit allen Begleiterscheinungen haben mir jetzt nochmal ganz deutlich gemacht, wie wichtig ein durchsetzungsfähiger Betriebsrat und eine starke Gewerkschaft wie die IG Metall für mich sind. Statt einzelvertraglicher Regelungen mit deutlich schlechteren Bedingungen ist es gelungen, den Arbeitgeber zurück in den Arbeitgeberverband zu bringen. Gewerkschaften leben aber auch von der Unterstützung durch ihre Mitglieder. Das werde ich jetzt auch tun – und deshalb bin ich Mitglied geworden. Die angekündigte und bevorstehende Aufteilung des Unternehmens in verschiedene Geschäftsbereiche werden aber auch künftig Auswirkungen auf uns haben, die wir nur gemeinsam mitgestalten können. Die zurückliegenden Monate haben mir gezeigt, dass meine Interessen – und sicherlich auch die der Mehrheit meiner Kollegen – mit der IG Metall besser durchgesetzt und vertreten werden als in der AUB, die bei uns leider auch vertreten ist.



Erich Hirsch, beschäftigt bei Fränkische Rohrwerke Königsberg. ◄

Delegiertenversammlung beschließt Tarifforderung

Jetzt Kohle sehen: Wir fordern 7,9 Prozent mehr

In unseren Betrieben ist die Erwartungshaltung der Beschäftigten nach einer deutlichen Einkommenserhöhung sehr hoch.

Die jetzt beschlossene Forderungshöhe von 7,9 Prozent wird einhellig getragen und ist aus Sicht der Diskussionsteilnehmer in der Delegiertenversammlung gerechtfertigt und auch für die Betriebe bezahlbar. Auslastung, Umsatz und Gewinnsituation sind in nahezu allen Betrieben auf Rekordniveau. Selbstverständlich ist unseren Kollegen auch klar, daß die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht in allen Regionen so gut wie hier sind. Dennoch muss ein Ergebnis den Abschluss vom vergangenen Jahr auf jeden Fall übertreffen. Die Delegierten der Verwaltungsstelle machten auch klar, dass die Erhöhung tabellenwirksam werden muss, da Einmalzahlungen nach der Auszahlung wieder »verpufften«. ◄

Impressum
IG Metall Schweinfurt
Manggasse 7-9
97421 Schweinfurt
Telefon: 0 97 21–20 96-0
Fax: 0 97 21–20 96-14
E-Mail: schweinfurt@igmetall.de

Redaktion: Klaus Ernst (verantwortlich)

Vielfältige Aktionen gegen Sozialabbau

Rente mit 67? – Wir sagen nein danke

Die Regierung will das Renteneintrittsalter von 65 auf 67 Jahre anheben und keine Nachfolgeregelung für die 2009 auslaufende Altersteilzeit treffen.
Die IG Metall wehrte sich vor Ort mit phantasiereichen Aktivitäten von Jung und Alt, denn »wir müssen den Generationenvertrag für alle retten«, sagt Bernhard Roos.

Betriebsrundgänge mit Flugblattaktionen und Protestunterschriftensammlungen waren etwa in allen ZF-Standorten das Mittel, um in Abteilungsversammlungen die Kolleginnen und Kollegen über die Alternativen der IG Metall zu informieren. Binnen kürzester Zeit kamen etwa 9000 Unterschriften zustande.

»Wir fordern abschlagsfreie Rente nach 40 Versicherungsjahren, Beibehaltung der Rente mit 65 und auch in Zukunft Systeme für flexiblen Altersausstieg«, sagt Heinz Hausner.

Die Aufklärung ließ natürlich auch Arbeitszeit ausfallen – mit voller Absicht. Protestaktion ist kein Warnstreik, aber schließlich sind es die Arbeitgeber und ihre Verbände, die die Regierung zu immer härteren »Reformen« treiben, aber im eigenen Betrieb Älteren Schonarbeitsplätze verweigern und Ausbildungswillige abweisen.

Auch Bundestagsabgeordnete wurden in die Betriebe eingeladen, beispielhaft bei MCE-Stangl in Deggendorf. Den MdB's wurden die Sorgen der Gewerkschafter ins Stammbuch geschrieben, um ihr Abstimmverhalten im Bundestag zu beeinflussen.

Natürlich geht es auch um die öffentliche Meinung, also rein in die Fußgängerzonen.

In Passaus guter Stube mehrmals und im Regener Einkaufspark wurden Bürger und Bürgerinnen mit einem »Auf ein Wort«-Flugblatt zu Rente mit 67 aufgerüttelt. Ein ganz besonderer Dank gilt natürlich all den Funktionären, die zusätzlich Freizeit geopfert hatten.

Klar ist: Wir machen weiter. Diese unsoziale Politik muss gestoppt werden, und wir brauchen einen langen Atem, wohl bis 2009.◄



Der Betriebsrat von Stangl hatte Abgeordnete in das Werk zitiert, um Renteneintritt, Pendlerpauschale und die Ausbildungssituation zu thematisieren. Stangl weist stolze 17 Prozent Ausbildungsquote auf und kooperiert auch mit der Fachhochschule Deggendorf. Von links: Michael Breit, stellvertretender JAV-Vorsitzender; Herbert Eberhardt, BRV; Bruni Irber, MdB; Hans Bachmeier, BR und Barthl Kalb, MdB



Flagge zeigen. Kollege Michael Sammer, ZF-Vertrauensmann, machte aus seiner Meinung zur Rentenpolitik keinen Hehl beim Infostand in Passaus Fußgängerzone



Schon zum Jahresausklang 2006 hatte der Ortsjugendausschuss zur Nikolo- und Weihnachtsmannzeit mit Osterhasenkostümen großes Aufsehen erregt. Rente mit 67 und der sogenannte Ausbildungspakt sind ja wirklich zwei ganz faule Eier im Nest

Bundestagsabgeordnete stellt sich den Fragen

Irber bei DGB-Jugend: »Haltet die Diskussion am Kochen«

Einen Gast der besonderen Art durfte die DGB-Jugend Straubing begrüßen. Bruni Irber, Bundestagsabgeordnete der SPD, nahm an einer Diskussionsveranstaltung teil.
Die aktuelle Situation der Berufsausbildung beschäftigt die Jugendlichen, wie die Änderungen im Jugendarbeitsschutzgesetz, die Ausbildungsplatzsituation und die Veränderungen innerhalb der dualen Ausbildung.

Fast drei Stunden Dialog ergaben neue Erkenntnisse für Bruni Irber, aber auch für die DGB-Jugend. So stellte die Abgeordnete fest: »Änderungen im Jugendarbeitschutzgesetz sind mit der SPD nicht zu machen, das ist kein Ausbildungshemmnis.« Wer das ändern wolle, verfolge nur die Interessen des Kapitals, nicht der Jugendlichen.

Die Lage auf dem Ausbildungsmarkt sieht Bruni Irber genauso kritisch, sieht aber keine Chance zu politischen Mehrheiten für eine Umlagefinanzierung (Betriebe, die nicht ausbilden, sollen zahlen) im Bundestag.



Die DGB-Jugend mit Bruni Irber

Sensibilisiert wurde die Parlamentarierin zu den Plänen aus dem Bildungsministerium, etwa eine gesetzliche Regelung zur Modularisierung und Zertifizierung der Berufsausbildung voranzutreiben. »Die Jugendlichen werden nur noch Scheine von Praktika sammeln, es wird dann keine ganzheitliche Ausbildung mehr geben,« sagt Reinhard Böckl, DGB-Kreisvorsitzender Straubing. »Mit dem System der Berufsausbildung wie in Großbritannien wird der Facharbeiter aussterben.«

Als Dank bekam Bruni Irber von der DGB-Jugend das »Schwarzbuch Ausbildung« und die DGB-Jugend von ihr den Hinweis »Haltet die Diskussion am Kochen.«◄

Impressum
IG Metall Passau
Grünaustraße 31
94032 Passau
Telefon 08 51–5 60 99-0
Fax 08 51–5 60 99-30
Redaktion: Bernhard Roos (verantwortlich)